

Maurer muss ums Geld bangen

GRIPEN Das Gezerre um die frei werdenden Millionen bei einem Nein zum Gripen hat bereits begonnen. Die Chancen, dass die Armee das Geld behalten darf, stehen schlecht.

EVA NOVAK UND SERMIN FAKI
schweiz@luzernerzeitung.ch

Für den Kauf des Gripen hat der Bund in den nächsten Jahren 300 Millionen Franken jährlich eingeplant. Diese werden aus dem auf 5 Milliarden aufgestockten Armeebudget in einen Fonds fliessen, über den die Schweiz in zwei Wochen abstimmt. Doch was passiert mit dem Geld, wenn das Volk den Gripen nicht will? Verteidigungsminister Ueli Maurer geht davon aus, dass er das Geld behalten kann. «Aufgrund der bisherigen Beschlüsse des Parlaments bleibt das Geld bei der Armee und kann für andere Sachen eingesetzt werden», sagte er kürzlich in der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens. Maurer will die Millionen beispielsweise für Cyber-

defense oder die Fliegerabwehr einsetzen. Ob er das kann, ist aber nicht sicher. Denn über die Verwendung des Geldes würde noch einmal diskutiert, wie die Eidgenössische Finanzverwaltung bestätigt: «Ab 2015 müsste der Bundesrat entscheiden, wie er die 300 Millionen einsetzen möchte», sagt Sprecher Philipp Rohr. «Der Entscheid hängt vom politischen Willen der Regierung und vom finanziellen Spielraum ab. Das letzte Wort liegt beim Parlament.»

Bürgerliche Allianz bröckelt

Maurer geht nicht davon aus, dass das Parlament «wieder einen Purzelbaum» schlägt, wie sich der Verteidigungsminister im Fernsehen ausdrückte. Doch dieses Vertrauen könnte sich als trügerisch erweisen. Für die Linken ist der Fall klar: Das Geld bleibt nicht im Armeebudget, sondern wird anderweitig verwendet. Und auch die bürgerliche Koalition aus SVP, FDP, BDP und CVP, welche die Aufstockung des Armeebudgets auf 5 Milliarden durchgehob hat, zeigt erste Risse. Zwar stellen sich Sicherheitspolitiker wie die Luzernerin Ida Glanzmann hinter Maurer: «Das Geld bleibt bei der Armee, dafür werde ich mich weiterhin einsetzen», so die

CVP-Nationalrätin. Für ihre Parteikollegen Konrad Graber und Peter Bieri ist das letzte Wort jedoch noch nicht gesprochen: «Als das Parlament den Bundesrat verpflichtete, 5 Milliarden für die Armee einzustellen, ist es davon ausgegangen, dass der Gripen inbegriffen ist», sagt der Zuger Ständerat Bieri. Und sein Luzerner Ratskollege Graber weist darauf hin, dass der Bund den Gürtel



18. Mai 2014

Abstimmungen

in den nächsten Jahren enger schnallen muss. Allein, um 2015 ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, müssen 700 Millionen eingespart werden, wie Rohr von der Finanzverwaltung bestätigt. Ausserdem nimmt der Bundesrat derzeit die Unternehmenssteuerreform III in Angriff, welche ebenfalls Milliarden kosten wird. Deshalb wollen auch freisinnige Finanzpolitiker nach einem Nein zum Gripen nochmals über das Geld verhandeln. «Ohne Gripen ist die Ausgangslage eine andere», sagt der Luzerner Nationalrat Albert Vitali. «Dann

muss Ueli Maurer dem Parlament ein neues Armeekonzept vorstellen, auf dessen Grundlage die Finanzierung beschlossen wird.» Für die FDP bedeutet ein Volks-Nein zum Gripen nämlich auch, dass in den nächsten Jahren kein anderer Kampfjet gekauft wird, wie Präsident Philipp Müller sagt.

Spielraum ist eingeschränkt

Die 300 Gripen-Millionen für das laufende Jahr kann Maurer behalten, weil das Budget schon abgesegnet ist. Doch auch hier gibt es Einschränkungen: «2014 könnte die Armee mit den 300 Millionen Franken auch andere Rüstungsgüter beschaffen», bestätigt Finanzverwaltungssprecher Rohr. «Allerdings nur unter der Bedingung, dass dafür schon ein Verpflichtungskredit besteht.» Im Klartext: Nur Armeematerial, dessen Beschaffung vom Parlament bereits beschlossen wurde, kann die Armee vorzeitig beschaffen. Ob es solche Verpflichtungskredite und einen entsprechenden Plan B gibt, will das Verteidigungsdepartement allerdings nicht sagen. Maurers Sprecher Peter Minder mauert: «Über eine allfällige Verwendung der frei werdenden Gelder können wir uns vor der Volksabstimmung am 18. Mai nicht äussern.»



300 Millionen Franken jährlich sind für den Kauf einer Gripen-Flotte eingeplant.

Keystone/Vonnie Asell

Die «Frau von nebenan» wird fast zu Politpromi

KAMPAGNE Würde das Abstimmungsbüchlein von den Stimmberechtigten gründlich konsultiert, wäre Mariteres Hofstetter (Bild) jetzt ein nationaler Polit-Promi. Denn die Primarlehrerin weibelt im roten Heft mit Foto und Zitat gegen den Kauf der 22 schwedischen Gripen-Kampfjets. Viele Reaktionen hat Hofstetter bis jetzt aber nicht erhalten, wie sie sagt, während Kampfjets vom nahen Flugplatz Emmen über ihr Haus donnern. Nur ihre Schwester habe ihr ein SMS geschickt mit der Frage, ob sie jetzt berühmt sei. Und einige Nachbarn hätten sie auf ihren «Auftritt» angesprochen.

Doch wie kommt eine politisch aktive, aber doch unbekanntere Frau ins Abstimmungsbüchlein? Diese Ehre

wird sonst nur Parlamentariern zuteil – und selbst das nur selten. Hofstetter wurde ganz einfach vom linken Komitee gegen den Gripen angefragt. «Wir haben uns bewusst dafür entschieden, eine direkt betroffene Bürgerin zu Wort kommen zu lassen», sagt Michael Sorg, Sprecher der Kampagne «Nein zu den Kampfjet-Milliarden». «Frau Hofstetter passte als Lehrerin ausgezeichnet, weil wir meinen, dass die Milliarden, die der Gripen kostet, besser für Bildung ausgegeben würden.» Das findet auch Mariteres Hofstetter: «Beispielsweise läuft die Unterstützung des Bundes für Krippen demnächst aus. Jährlich 300 Millionen Franken wären da sehr hilfreich. Auch in Tagesstrukturen wie Schulhorte wäre das Geld besser in-



vestiert als in einen unnötigen Kampfjet.» Eigentlich hatte sich die früher sehr aktive Gewerkschafterin Hofstetter schon aus dem politischen Leben zurückgezogen. Doch dank dem Gripen ist sie wieder mittendrin. Hatte sie keine Bedenken, sich öffentlich so stark zu exponieren? Immerhin macht sie sich auch angreifbar. Nein, sagt Hofstetter: «Ich stehe zu meiner Meinung und sage, was ich zu sagen habe. Ausserdem: Was habe ich schon zu verlieren? Mir geht es gut, und ich muss keine Rücksicht mehr

auf irgendwelche Konsequenzen nehmen.» Das sei früher, als sie noch eine junge Lehrerin war, anders gewesen.

Und wie beurteilen Profis die Idee, «die Frau von nebenan» für eine nationale Kampagne einzusetzen? Der Politologe Louis Perron, der international als Kampagnenberater tätig ist, findet es eine clevere Idee: «Mit einem Promi erhält man vor allem Aufmerksamkeit», sagt er. «Mit einer Luzerner Lehrerin hingegen können sich Bürger viel eher identifizieren.» Es sei auch kein Zufall, dass mit Mariteres Hofstetter eine Frau zum Zug kam: «Das Komitee wollte gezielt Frauen von einem Nein überzeugen», ist Perron sicher.

SERMIN FAKI
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch